

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisstraße 33.
Anzeigen der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Bei der Rückgabe eingekannter Manuskripte macht sich die Redaction nicht verantwortlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis 1/2 Uhr. In den Fällen für Inf. Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22. Louis Köhler, Rathenauerstr. 18, p. nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16.000.

Abonnementpreis viertelj. 4 1/2 M., incl. Postgebühren 5 M., durch die Post bezogen 6 M. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrablätter ohne Postbeförderung 50 Pf. mit Postbeförderung 45 Pf.

Inserate 1/2 Spalte 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichnis. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reklamen unter dem Redactionsschild die Spalte 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung promptenfalls oder durch Postnachschuß.

№ 67.

Mittwoch den 11. Februar 1880.

74. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Die nachverzeichneten Sparcassenbücher, welche bei diesem Leihhause verlegt und zu den beigesetzten Seiten verfallen sind, in denen oder nach Abschreibung der Guthaben des Leihhause die anbei bemerzten Ueberschüsse verbleiben, wurden bis jetzt nicht zurückgenommen; wir fordern die Eigentümer hierdurch auf, dieselben im Geschäftsbüro des Leihhauses

bis zum 5. Mai d. J.

gegen Rückgabe der Pfandscheine zurückzunehmen, widrigenfalls die Ueberschüsse nach §. 19 der revidirten Leihhaus-Ordnung vom 24. Juni 1877, als dem Leihhause verfallen, werden verrecknet werden.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Iröndlin. Freygang.

Verzeichniß.

Pfand-Nummer	Nummer des Sparcassenbuchs	Tag der Abschreibung	Ueberschuß
6.			
54997	82310	der 18. October 1876	6 73
57943	82998	" " " "	6 49
67978	87543	" " " "	4 06
98484	75271	" " " "	6 95
99288	90296	" 14. Mai 1877	13 39
H.			
5228	5567	" " " "	3 04
5294	5598	" " " "	4 22
10997	96910	" " " "	25 37
11554	61457	" " " "	28 70
22796	48560	" " " "	1 46
24051	73598	" " " "	16 35
33463	45169	" " " "	25 28
53407	3994	" " " "	9 19
58383	96651	" 6. Novbr. "	10 96
59138	10927	" " " "	8 31
64319	5449	" " " "	6 75
77755	2052	" " " "	24 11
J.			
7433	24437	" 26. April 1878	7 73
11390	92273	" " " "	21 37
15056	74027	" " " "	112 06
97517	19625	" " " "	4 77
88118	15688	" " " "	11 36
70288	11180	" 22. August "	6 81
71086	18413	" " " "	17 94
79507	17196	" " " "	4 99
81709	18782	" " " "	10 92
	98376	" " " "	

Holz-Auction.

Mittwoch, den 18. Februar c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Gradow auf dem diebstahligen Mittelwaldschlage im sogen. Stadth ca. 114 Raumbäume, 35 Braunbäume und 600 Weißbäume an Ort und Stelle unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Holzschlage im Stadth am Seegerich-Pöntiger Communicationsweg.
Leipzig, am 7. Februar 1880.
Des Rath's Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Von den am 16. December d. J. zur Verpachtung vertheiligten, der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen Wiesen sind die der Barmer Teich genannte Wiese in der Flur Barnd und die sog. Wahren'sche Wiese am Hundewasser in der Flur Burgau den Höchstbietern zugeschlagen worden und entlassen wir in Gemäßheit der Versteigerungsbedingungen die übrigen Bieter hiermit ihrer Gebote.
Leipzig, den 7. Februar 1880.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Iröndlin. Gerutti.

Holzauktion.

Donnerstag, den 12. Februar c. sollen im Forstreviere Rosenthal I. von Vormittags 9 Uhr ab 24 eichene, 3 rüstene, 1 buchene und 1 erlerner Kuchel gegen die übliche Anzahlung und II. von Vormittags 11 Uhr an 4 Raumbäume eichene Kuchel, sowie 75 Rmr. eichene, 4 Rmr. buchene, 2 Rmr. eichene, 1 Rmr. birchene und 1 Rmr. aspene Brennweite und 23 Räumchen Braumreisig gegen sofortige Baarzahlung an Ort und Stelle und unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen an den Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: Vormittags 9 und 11 Uhr an der Lebnigbrücke am Rosenthal.
Leipzig, am 7. Februar 1880.
Des Rath's Forstdeputation.

Holzauktion.

Freitag, den 20. Februar c. sollen von Vormittags 9 Uhr an im Forstreviere Connewitz auf dem Mittelwaldschlage in Abth. 42 a ca. 1 Raumbäume eichene Kuchel, 202 " " eichene, 2 Rmr. weißbuche und 9 Rmr. elerene Brennweite an Ort und Stelle unter den im Termine öffentlich ausgehangenen Bedingungen und der üblichen Anzahlung an den Meistbietenden verkauft werden.
Zusammenkunft: auf dem Holzschlage in der Ronne am Ronneweg und an der nassen Wiese.
Leipzig, am 9. Februar 1880.
Des Rath's Forstdeputation.

Bekanntmachung.

Die 3^o. Königl. Sächsischen Staatsschuldverschreibungen über 1000 Mark, sub Nr. 056343 und 44, Lit. C sind ohne Coupons und Talons abhanden gekommen. Sollten diese für den Richter der Talons und Coupons werthlosen Papiere an uns abgegeben werden, so sind wir ermächtigt, dem Ueberbringer 20 Mark auszuzahlen.
Leipzig, am 10. Februar 1880.
Des Polizeiamts der Stadt Leipzig.
Dr. Rüder.

Maurer- und Zimmer-Arbeiten.

Zu dem Neubau der Irrenklinik der Universität am Windmühlentw. alhier sollen die Maurer- und Handlanger-Arbeiten, insofern die Zimmerarbeiten, letztere einschließlich der Materialen, an den Mindestfordernden, jedoch vorbehaltlich der Auswahl unter den Submittenten, vergeben werden. Bedingungen, Ausführungsbestimmungen und Zeichnungen können im Universitäts-Rentamt eingesehen und Antragsformulare daselbst in Empfang genommen werden. Preisofferten, unterzeichnet, versiegelt und mit der Aufschrift "Maurerarbeiten (resp. Zimmerarbeiten) für die Irrenklinik" sind bis zum 28. Februar 1880, Abends 6 Uhr anher einzureichen.
Leipzig, am 10. Februar 1880.
Universitäts-Rentamt.
Graf.

Preussischer Landtag.

* Berlin, 9. Februar. Was die Centrums-Partei ihre politischen Ideale immerhin außerhalb Deutschlands suchen und ihren Verrath an Ideen aus Rom beziehen, in einer Hinsicht beweist sie recht landesübliche Gründlichkeit, nämlich in den Debatten des Kultusetales, die sich durch die erbitterten Rügeleien der ultramontanen Redner ganz wie in früheren Jahren ins Endlose verschleppen. Die Zeit für die Verthaltung der Verwaltungsgesetzgebung wird damit so knapp bemessen, daß die Erwägung nahe liegt, ob überhaupt in der kurzen Frist, die dem Landtage noch geblieben ist, eine gründliche Prüfung dieser doch wahrlich nicht über's Knie zu brechenden Vorlagen möglich sein dürfte. Selbst wenn man den Reichstag, von dem erfahrungsmäßig in den ersten acht Tagen keine besonders lebhaftes Thätigkeit zu erwarten ist, aus der Rechnung läßt, bleiben die Aussichten der Verwaltungsgesetzgebung keine verheißungsvollen, schon in Rücksicht auf die Lage der Geschäfte, ganz abgesehen von der politischen Constellation der Parteien. Ob diese Sachlage zu bedauern ist, darüber gehen auch innerhalb der Linken die Meinungen auseinander. Die liberalen Mitglieder der Verwaltungsgesetzkommission haben sich aufs Keckste bemüht, die in den Eulenburg'schen Vorlagen halb vermissenen Principien des Selbstregimentes wiederherzustellen. Sie haben erreicht, daß die von der Regierung geplante Aufhebung der Exemption der Städte über 10,000 Einwohner von der Zuständigkeit der Kreisaußschüsse abgelehnt wurde. Ihnen ist es zu danken, wenn die Commission sich dahin entschieden hat, daß die Einführung des Landesorganisationsgesetzes in den westlichen Provinzen bis zu dem Zeitpunkt vorbehalten bleiben solle, wo für die gedachten Provinzen neue Kreis- und Provinzialordnungen auf Grundlage der Selbstverwaltung zu Stande gekommen seien. Aber es ist ihnen nicht gelungen, in der wichtigen und grundlegenden Frage der Competenzabgrenzung von Verwaltungsbereich und Verwaltungsgerichtsbarkeit eine entsprechende Entscheidung der Commission zu erzielen, und es war immer eine vergebliche Forderung, daß bei den künftigen Polizeiverordnungen das Recht zum Erlaß von Localpolizei-Berordnungen an die

Zustimmung der Stadtgemeinde geknüpft werden sollte, damit in dieser Beziehung eine Gleichmäßigkeit zwischen der städtischen und ländlichen, an die Genehmigung des Staatsauschusses gebundenen Polizeiverordnungen hergestellt werde. Wenn somit dasjenige Maß liberaler Garantien fehlt, welches die Parteien der Linken für das gesammte Reformwerk für unerlässlich halten, dann verschiebt sich notwendiger Weise das Urtheil über die Stellung der Reactionsparteien zu den Vorlagen des Ministers des Innern. Die Opposition der Rechten gegen dieselben entspringt allerdings aus diametral entgegengesetzten Motiven, indem der Regierungsentwurf ihnen zu weit nach links, den Liberalen zu weit nach rechts geht. Aber es entsteht für die Linke das berechtigte Bedenken, ob sie eine Regierung zu unterstützen habe, welche genug gethan zu haben glaubt, wenn sie dem Princip der Selbstverwaltung ganz unbedeutende und durchaus unbefriedigende Concessionen macht, und welche die bedingungslose Zustimmung der Liberalen dafür verlangt, daß sie dem conferativen Gehalt nach Rückwärtsrevision nur zum Theil nachgeben. Wenn sich der Minister des Innern zwischen zwei Stühle setzt, so kann es nur gegen genügende Compensation Aufgabe der Linken sein, ihn aus dieser unbequemen Situation zu befreien. Wir leugnen die politische Nothwendigkeit von Compromissen. Soll aber, wie in dem vorliegenden Falle, ein Compromiß unter drei verschiedenen Standpunkten gefunden werden, dann ist nur ein schwächliches Resultat zu erwarten, an dem Niemand wahre Freude haben kann, und die Beklammersung der liberalen Principien wird unabwendbar entweder in dem gesammten Staatsorganismus sich rücken oder nach wenigen Jahren gebieterisch zu einer neuen Revision drängen. Es kann nicht fehlen, daß auch die Frage der Nachcession unter solchen Umständen und bei dieser im Schooße der Linken herrschenden Aufassung der Sachlage einer veränderten Beurteilung unterliegt. Man sieht nicht ein, weshalb man sich für eine Maßregel aufheissen soll, die dem Programm der Linken keine Förderung verspricht und die nur dann annehmbar erscheinen würde, wenn die Regierung jenes Programm auch zu dem ihrigen machte.
In welcher Weise übrigens das Centrum

kämpft, das zeigte sich wieder in der Debatte des Abgeordnetenhauses am Montage. Der Abg. Platen hatte die Seminare in Schw genommen gegen Aeußerungen des Abg. Dr. Windthorst, „die ganze Richtung gehe mehr auf Vielwisserei, als auf gründliche Charakterbildung und wahre Religiosität“, was er als Anschauung fast der ganzen Bevölkerung proklamirt hatte. Abg. Platen wies aus den Fall'schen „Allgemeinen Bestimmungen vom 15. October 1872“ nach, daß diese Vorwürfe unbegründet seien und daß auch solche Männer den „Allgemeinen Bestimmungen“ zustimmten, die auf positiv confessionellem Boden ständen. Der Abg. Windthorst, der den Abg. Platen als Vertheidiger des Fall'schen Systems bekämpfte, schloß seine Rede mit dem Worte: „Wer auf die Wärenjagd geht, darf die Tödel nicht fürchten.“ Man weiß nicht, wohin eine solche Kampfesweise noch führen soll, sicherlich spricht sie nicht für die Sache Derjenigen, die für Kirche, Religion und sittliche Bildung eintreten. Als ferner der Abg. Platen bei der Darlegung der Forderungen, welche in religiöser Beziehung an den Unterricht in den Seminaren gestellt werden, verlangte, daß das Lebensbild Jesu in lebensvoller Weise in den Mittelpunkt des religiösen Unterrichts gestellt werde, erbat er bei dieser ersten, ja heiligen Sache ein Votum auf Seiten der Conservativen. Der Redner verwahrte sich gegen eine solche Profanierung und wies namentlich den Abg. Stöcker darauf hin, daß es sich durchaus nicht um eine lächerliche Sache handle. Es scheint, als ob Alles, was etwa von liberaler Seite kommt, auch das Heiligste, wenn es in durchaus würdiger Weise vorgebracht wird, auf jener Seite des Hauses zum Lachen reize, namentlich aber ist es bezeichnend, wenn gerade dem Abg. Stöcker einem kaiserlichen Hofprediger ein solcher Vorwurf vor offenem Hause gemacht werden kann.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 10. Februar.
Das gesammte politische Interesse concentriert sich bereits auf die am Donnerstag erfolgende Eröffnung des Reichstages. Von hervorragender Wichtigkeit werden die Debatten über die Ausdehnung der deutschen Wehrkraft sein.

Wie bestimmt verlautet, wird das hohe Haus durch den Kaiser in Person eröffnet werden und man kann daraus auf das lebhafteste Interesse schließen, welches Seine Majestät gerade der bevorstehenden Session wegen der Erneuerung des Militairgesetzes in besonderem Maße entgegenbringt. Die Wiltairvorlage stand bereits, wie erwähnt, auf der Tagesordnung der Plenarsitzung des Bundesraths, nachdem die Ausschüsse beschloffen hatten, die unveränderte Genehmigung zu beantragen. Der Reichstag wird sonach diese Vorlage gleich bei seiner Eröffnung vorfinden, ebenso den vollständigen Etat, der ebenfalls im Bundesrath zum Abschluß kommen sollte. An Stoff fehlt es sonach nicht und es wäre nur zu wünschen, daß der Reichstag bald ungehindert durch die störende Concurrenz des preussischen Landtages in seine Geschäfte eintreten kann und daß nicht wieder mit beschlußunfähigen Sitzungen eine der wichtigsten Sessionen eröffnet wird. Wie uns gemeldet wird, haben auch die Verhandlungen über den österreichischen Handelsvertrag wieder begonnen, zwar noch nicht mit den Vertretern Oesterreich-Ungarns, sondern zunächst nur unter den deutschen Bevollmächtigten. Ganz abgeschlossen ist also die Möglichkeit noch nicht, daß auch der neue Handelsvertrag dem Reichstag noch in der bevorstehenden Session zugehen wird. Zur Frage des Präsidiums wird uns wie folgt geschrieben: Die Fractionen des Reichstages werden bereits in ihren ersten Sitzungen zu der Präsidentenwahl Stellung nehmen. Es wird sich darum handeln, ob diesmal wieder der Candidat der conservativ-liberalen Mehrheit oder Herr von Bennigsen den Präsidentenposten einnehmen soll. Man vermutet, daß die Chancen des Letzteren, welcher jedenfalls von den Liberalen aufgestellt wird, schon deshalb größere sein dürften, weil Fürst Bismarck die veränderte Stellung des Centrums und die Unzuverlässigkeit der Rechten in Erwägung zieht. Dazu kommt noch, daß Herr von Bennigsen alle Vorzüge eines unächtigen und gewandten Präsidenten in sich vereinigt, während Herr von Arnim-Boitzenburg nur die wenig maßgebenden Erfahrungen als Vorsitzender der Generalassamblee hinter sich hat. Die Verhandlungen zwischen den conservativen Parteien und dem Centrum werden indessen so lebhaft geführt, daß der